

Resümee12

Die vorliegende Monographie befasst sich mit der Entwicklung der Beziehung der Majoritätsgesellschaft zu der Roma-Bevölkerung in den tschechischen Ländern seit Ende des II. Weltkrieges, insbesondere dann in den Jahren der Machtübernahme durch die Kommunisten in der CSR im Jahre 1948 bis zu deren Sturz im Jahre 1989. Die Politik des kommunistischen Regimes gegenüber der Roma-Bevölkerung gehört auf den ersten Blick nicht zu den brutalsten Erscheinungen der Repressionen seitens des totalitären Regimes, trotzdem wirkten sich ihre Folgen auf das traditionelle soziokulturelle System der Roma-Gemeinschaften zerstörend aus und trugen auch zu deren gegenwärtigen tiefen Krise bei. Es ist nötig, die Entwicklung der Politik des Staates in dem verfolgten Zeitraum in einige zeitliche und ideell-politische Horizonte einzuteilen.

Nach der Machtübernahme setzten sich die Kommunisten auf dem Gebiet des Rechtssystems mit denjenigen Rechtsnormen auseinander, die nach der Meinung ihrer führenden Repräsentanten das kapitalistische Recht personifizierten. Im Jahre 1950 hoben sie die besondere Legislative auf, die sich auf „die Personen, die eine Zigeunerlebensweise führten“ bezogen hat, und stellten formal die Roma der übrigen Bevölkerung rechtlich gleich. Die erste Etappe der Gestaltung der Staatspolitik (bis 1957) gegenüber ihnen wurde durch fehlende einheitliche Linie und Labilität gekennzeichnet. Nach der Meinung der Repräsentanten der Staatsmacht (jedoch auch einer Reihe von Vertretern der Roma-Repräsentation) sollte das neue Regime den Roma einen raschen und bedeutenden sozialen und kulturellen Aufstieg bringen. Sie hielten nämlich „die rückständige Lebensweise der Zigeuner“ für einen Überrest der früheren Ausbeutungssysteme „und nahmen an, dass sie sich im Rahmen des sog. Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft selbst von sich ändern wird; die Roma sollten sich ideologische Prinzipien und die Lebensweise der kommunistisch orientierten Mehrheit zwangsläufig aneignen. Die Meinungen derjenigen Bestandteile der Gesellschaft, die bei dieser raschen Umwandlung mitwirken sollten, gingen jedoch auseinander, wie dieser Prozess zu beschleunigen wäre. Die vorgeschlagenen Methoden bewegten sich von der klaren Repressivpolitik (Zwangsarbeitslager, Unterbringung von Kindern – „nichtanpassungsfähigen Zigeunern“ in die Kinderheime) über die Vorschläge, gewisse Roma-Enklaven mit eigener Selbstverwaltung z. B. im Grenzgebiet zu bilden, bis zu den Versuchen, die Eigenständigkeit der Roma-Nationalität anzuerkennen, die Entwicklung ihrer Sprache und Kultur zu fördern (diese Linie wurde vor allem durch die Repräsentanten der Kultur und Wissenschaft in der Zusammenarbeit mit unzähliger Roma-Elite durchgesetzt und ging von stark idealisierter Vorstellung über die Stellung von Roma in der UdSSR aus). Unter ständiger Unsicherheit bezüglich der weiteren Vorgangsweise erlaubte das Regime z. B. einige spezielle „Zigeunerschulen“ zu gründen, förderte die „Sommererziehungslager“ und weitere Aktivitäten, die die kulturelle und mentale Unterschiedlichkeit von Roma berücksichtigen und zugleich sie im Geiste der kommunistischen ideellen Prinzipien erziehen sollten.

Von Anfang der fünfziger Jahre an nahm die Strömung der Roma-Migration aus den slowakischen Ortschaften in die tschechischen Länder, insbesondere in die Industrieballungszentren und zu den sog. Bauten des Sozialismus, die eine große Menge unqualifizierter Arbeitskräfte aufgenommen haben, zu. Prioritätsziel der Staatspolitik war es, den Beschäfti-

gungsgrad der Roma-Bevölkerung zu lösen, die Bildungsgrundlagen zu bieten, Hygiene- und Gesundheitsbedingungen zu verbessern usw. Der Urbanisierungsprozess betraf ungünstig traditionelle Roma-Familien, zerstörte ihre natürlichen Innenbindungen sowie Beziehungen mit dem ursprünglichen Milieu. Unter den neuen Bedingungen wurden für diesen starken Veränderungsprozess keine grundlegenden Sozialvoraussetzungen geschaffen. Die Roma-Familien mit vielen Familienangehörigen waren nicht imstande, sich dem entfremdeten Umfeld einer Industriestadt schnell genug anzupassen, es wuchsen Probleme mit ihrer Unterbringung, dem Schulbesuch der Kinder und Analphabetismus der Erwachsenen, der Sicherstellung der Gesundheitspflege, den Beziehungen zu der übrigen zahlenmäßig stärkeren Bevölkerung usw. Ende der fünfziger Jahre war es klar, dass die politische Sphäre diese Probleme nicht mehr verkraften kann. Insbesondere über die Nomadenfamilien wurden seitens der übrigen Bevölkerung mehrere Beschwerden erhoben und gegen sie verschiedene Petitionen geschrieben. In den ehemaligen Arbeiterkolonien, Unterkunftseinrichtungen für freiwillige Aufbauhelfer, den Straßen und den zum Abriss bestimmten Stadtvierteln entstanden überfüllte, hässliche Roma-Ghettos. In dieser Atmosphäre reifte die Formulierung des kommunistischen Projektes für Assimilation der Roma-Bevölkerung mit der Majoritätsgesellschaft heran, die in dem Folgezeitraum zur verbindlichen Direktive geworden ist.

Vom Standpunkt der neuen Konzeption der Staatspolitik gegenüber der Roma-Bevölkerung bedeutete das Gesetz Nr. 751958, über das Verbot der Nomadenlebensweise unter Strafsanktionen, einen Umbruchsakt. Dessen Verabschiedung ging eine umfangreiche Analyse des bisherigen Standes der sog. Zigeunerfrage und der Prinzipien für die weitere Vorgangsweise bei deren Lösung voraus, die durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTSch) behandelt wurde. Die KPTSch inspirierte sich auch in dieser Etappe durch gegenwärtige Lösung der Lage der Roma-Bevölkerung in der UdSSR, deren Oberster Sowjet im Jahre 1956 ein Verbot der Nomadenlebensweise erlassen hat. Das Gesetz und die danach folgende Erfassung der Nomaden- und der sog. Halb-Nomadenbevölkerung war verfassungswidrig. Es beschränkte freie Bewegung nicht nur in Bezug auf die Nomaden, sondern auch auf einige Tausend „nichtanpassungsfähige Roma, die Widerwillen gegen die Arbeit zeigten“, auf die Familien, die bisher keine Gelegenheit bekommen haben, sich mit den Anforderungen der Mehrheit bezüglich der Assimilierung auseinander zu setzen. Die vorbehaltlose Assimilation stütze sich auf eine ganze Reihe von weiteren Repressivmaßnahmen und deren Durchsetzung bis Ende der sechziger Jahre stellte die Etappe des härtesten Vorgehens gegenüber der Roma-Minderheit dar, die so zum Objekt der bevormundenden „Soziotechnik“ des Regimes geworden ist. Dieses erforderte eine vorbehaltlose Verschmelzung von Roma mit der Mehrheit, ließ nicht ihre aktive Beteiligung an der Lösung der mit deren Stellung in der Gesellschaft verbundenen Probleme zu, unterdrückte die Erscheinungsformen deren eigenständigen Kultur usw.

Außer allgemeiner Arbeitspflicht, allmählicher Verbesserung des Sozial- und Lebensniveaus und dem Bemühen, den Analphabetismus zu beseitigen, wählte die kommunistische Nomenklatura eine weitere Akzeleration der Urbanisierung mittels der sog. Auflösung der unerwünschten Konzentration von Einwohnern des Zigeunerursprungs, die durch den Beschluss der Regierung Nr. 502/1965 gesetzlich festgelegt wurde. Auf dessen

Gründe sollten die Roma-Ortschaften in der Slowakei sowie die Ghettos in den tschechischen Städten liquidiert werden und die Roma-Bevölkerung sollte unter Leitung der offiziellen behördlichen Organe auf dem ganzen Gebiet des Staates zerstreut werden. Die Nationalausschüsse waren jedoch nicht imstande, die geplanten Verschiebungen zu realisieren und die Roma-Familien setzten, ohne diese Organe zu beachten, ihre spontane Migrationen fort. Die Auflösungspläne scheiterten nach drei Jahren und im Jahre 1968 wurden sie endgültig eingestellt. Die unorganischen Eingriffe des Staates und die übereilte Urbanisierung vertieften die Krise der Roma-Familien sowie der ganzen Kommunitäten, deren Leben in dem Stadtmilieu seine natürliche Ordnung, das Bewusstsein der traditionellen Regeln des Zusammenlebens, die Beziehungen zu der ursprünglichen Kultur und deren aktiver Pflege verlor. Ergebnis der Assimilationsdrucke war bloß eine sehr oberflächliche Anpassung eines geringen Teiles der Roma-Kommunitäten oder Einzelnen an die äußeren Erscheinungen des Konsumlebens bestimmter Schichten der Majoritätsbevölkerung.

Ende der sechziger Jahre war es klar, dass die Politik der vorbehaltlosen Assimilation keine Wirkung hat. In der Atmosphäre der allgemeinen politischen Entspannung entstanden so allmählich die Bedingungen für den Versuch um eine bestimmte Emanzipation der Roma-Bewegung sowie eine neue Auffassung der Staatspolitik. Es entstand die erste Roma-Organisation: Zigeunerverband (Roma-Verband) – SCR, an deren Finanzierung sich seine Herstellungseinrichtung Nevodrom (Neuer Weg) beteiligen sollte. Die Führung sowie die SCR-Organisationen kämpften mit den Schwierigkeiten organisatorischen und finanziellen Charakters, es gelang ihnen jedoch, die Entwicklung der Roma-Kultur sowie weiterer Aktivitäten wesentlich zu fördern. Die SCR-Führung bereitete ein Memorandum über die Anerkennung der Roma-Nationalitätenminderheit vor und nach Ablehnung dieses Memorandums durch das Zentralkomitee der KSC beteiligte sie sich an der Bildung einer neuen Konzeption der Staatspolitik gegenüber den Roma. Die SCR-Führung nahm zahlreiche internationale Kontakte auf und als Gründungsmitglied beteiligte sie sich an der Entstehung der ersten internationalen Roma-Organisation. In der Zeit der Normalisierung wurde sie im April 1973 aufgelöst. In den Jahren 1970–1972 wies die Regierung der CSSR die Assimilationspolitik endgültig zurück und begann die sog. kulturellgesellschaftliche Integration von Roma durchzusetzen. Die neuen Prinzipien der Staatspolitik sollten sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Terrainerforschungen stützen. Im Prozess des allmählichen Ausgleichs der Roma mit der Majoritätsgesellschaft sollte die Entwicklung ihres Bildungsgrades stärksten akzentuiert werden, ihre Kulturtraditionen und Spezifika in größerem Maße berücksichtigt, anfangs auch der Spielraum für ihre eigenen Aktivitäten erweitert werden; in der Praxis wurde jedoch durch den Antritt der Normalisierung die Anwendung dieser Prinzipien missachtet. Die Roma wurden wieder zum Passivobjekt der staatlichen Intervention, die individuelle und soziale Pflege zur Domäne der Beamten aus den Reihen der Mehrheit. Auch weiterhin wurden die diskriminierenden Kriterien der Einteilung der Roma-Bevölkerung in drei Gruppen je nach „der Stufe der Sozialreife“ angewandt. Die ständige Zunahme der Roma-Bevölkerung in den tschechischen Ländern wurde durch weitere unorganische Eingriffe in deren Verteilung auf dem Gebiet, durch Bildung von neuen Ghettos in den Industriestädten begleitet. Symbol der illusorischen Annahmen über die Wirksamkeit der staatlichen Intervention und Beispiel der verfehlten Wohnungspolitik wurde die neu erbaute „Zigeuner

Blockhaussiedlung“ Chánov im nordböhmischen Most. Die Zusammenbringung der Familien verschiedenen Niveaus in einige Häuserblocks des „Zigeunerviertels“ verursachte einen Zusammenbruch der hiesigen Roma-Kommunität, dessen Folgen die Einwohner bis heute tragen.

Bereits in den siebziger Jahren stellte sich heraus, dass dieser neue Antritt der Untoleranz der Staatsmacht gegenüber den Roma unerträglich ist. Im ersten Jahre ihrer Wirkung gab die Dissidentengruppe Charta 77 ein Dokument heraus, das auf die Verletzung der Bürgerrechte der Roma-Minderheit hingewiesen hat. Eine Kritikwelle bezüglich der Stellung von Roma in der tschechischen Gesellschaft erhob sich auch aus dem Ausland, insbesondere von der Tribüne des II. Internationalen Kongresses IRU (Internationale Roma-Union) in Genf. Die tschechoslowakischen Aktivisten bekamen keine Ausreisebewilligung, sie beteiligten sich jedoch trotzdem an dem Kongressverlauf. In den achtziger Jahren nahm sich eine neue Generation von Aktivisten und Kulturrepräsentanten der Mehrheitsbevölkerung der Entwicklung der Kultur und der öffentlichen Initiativen an und erreichte starkes Echo bei der Öffentlichkeit. Selbst am Ende ihres Machtmonopols luden die KPC-Repräsentanten die Roma-Aktivisten zur Beurteilung eines sehr kritischen Berichtes ein, der den Misserfolg ihres langjährigen Projektes der „Erhebung“ der Roma-Bevölkerung entdeckte. Der Bericht brachte auch Vorschläge, die die Stellung der Roma in der Gesellschaft ändern sollte, z. B. ihnen den Nationalitätenstatus zuzuerkennen, das Vereinsleben, die Presseherausgabe zu bewilligen, die Pflege der traditionellen Kultur zu fördern. Kurz danach brach jedoch das totalitäre Regime endgültig zusammen und die Realisierung dieser sowie weiterer Rechte der Roma-Einwohner ist den neu gewählten, demokratischen Institutionen des Staates zugefallen.